

Reinach: aargauSüd Impuls zu Besuch bei der Stiftung Lebenshilfe

Freundliches Klima und ein OGI mit Stil

Der Regionalverband aargauSüd impuls organisiert zweimal jährlich Besuche bei Unternehmen in seinem Einzugsbiet. Dabei lernen die Teilnehmer die lokalen Betriebe, deren Produkte und das Management besser kennen und erhalten Gelegenheit, bestehende Kontakte zu pflegen und neue zu knüpfen. Der jüngste Anlass dieser Reihe fand in bei der Stiftung Lebenshilfe in Reinach statt. Dabei wurde auch der «O-G-I» verliehen.

mars. Bruno Rudolf, Vizepräsident des Verbands aargauSüd Impuls, Grossrat und Vizeammann von Reinach, begrüßte rund fünfzig Gäste, die am Besuch in der Stiftung Lebenshilfe teilnahmen. Er informierte darüber, dass sich der Verbandsvorstand erstmals mit allen Grossräten des Verbandsgebietes zu einem Austausch über die Anliegen der Region getroffen habe, nach den konstruktiven Gesprächen werden weitere solche Treffen folgen. Danach informierte Martin Spielmann, Geschäftsleiter der Stiftung Lebenshilfe, über die Entwicklung und die heutige Dienstleistung der Stiftung, welche sich für Menschen mit geringeren und sehr einschränkenden Beeinträchtigungen engagiert: Von den Anfängen des kleinen Hilfswerks, das Valentin Reichenbach mitgründete, das erst in Leimbach und später im Reinacher Spittel angesiedelt war, bis zur kantonal anerkannten Institution. Heute ist die Lebenshilfe Arbeitgeberin für 460 Personen, rund die Hälfte davon an Arbeitsplätzen im Auftrag von Kanton und IV.

Diese Entwicklung ist Spiegelbild für ein Umdenken, das parallel dazu in der Gesellschaft stattfand. Es wuchs die Einsicht, dass beeinträchtigte Menschen nicht an den Rand der Gesellschaft gehören. Das «Idiotenwesen» (damals ein Fachbegriff), wo Menschen abseits dahinvegetierten, machte einem vielfältigen Angebot zur Lebensgestaltung Platz. Gleichzeitig nahm allerdings auch die Regeldichte mit ihren Qualitätsanforderungen zu. Die Lebenshilfe hat viele Bedürfnisse schon früh erkannt und entwickelte entsprechend ihr heutiges Gesicht.

Ein Gesicht, das viele in der Region schätzen. Beeinträchtigte fühlen sich in den diversen Beschäftigungswerkstätten, geschützten Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und 16 Wohngruppen an acht Standorten wohl. Ihre Angehörigen schätzen das Klima, das herrscht. Man hat sich übrigens bewusst für diese dezentrale Lösung entschieden. Klienten sollen ein möglichst normales Leben führen, wozu auch ein Arbeitsweg gehört.

Bekanntlich ging mit der Entwicklung auch eine rege Bautätigkeit einher. Die stiftungseigenen Liegenschaften haben einen Bruttowert von 36,8 Mio. Franken. Dies löst gelegentlich auch Vorbehalte aus. Martin Spiel-



Preisverleihung anlässlich des Besuchs von aargauSüd Impuls in der Stiftung Lebenshilfe: die Lebenshilfe-Verantwortlichen Thomas Oettiker (Präsident des Stiftungsrats, links) und Martin Spielmann (Geschäftsleiter, rechts) überreichen Beat Niederhauser Produktionsleiter der Firma Gewinde Eichenberger den «O-G-I» als Auszeichnung für das Engagement bei der Eingliederung von Klienten in den Erwerbsalltag. (Bilder: mars.)

mann sagte dazu, dass es keinen Arbeits- oder Wohnplatz gebe, für den nicht ein Bedarf existiere, respektive der nicht vom Kanton in Auftrag gegeben wurde. «Gäbe es die Plätze nicht hier in der Stiftung Lebenshilfe, gäbe es sie anderswo im Kanton», so Spielmann. Er machte in diesem Zusammenhang auch die wirtschaftlichen Vorteile für die Region deutlich. Bei den verschiedenen Bauprojekten ging ein grosser Anteil der Aufträge an Firmen der Region. Die Stiftung hat einen Jahresumsatz von 18 Mio. Franken und bezieht in grösserem Umfang Produkte und Dienstleistungen aus der Region. Viele Mitarbeitende wohnen in der Region und zahlen hier Steuern.

Der jüngste Bau der Stiftung ist unter anderem für Menschen, die infolge selbst- und fremdverletzenden Verhaltens eine besonders intensive Betreuung benötigen. Die Jahreskosten eines

solchen Platzes sind mehr als doppelt so hoch wie ein regulärer Wohnplatz. «Zugegeben, viel Geld», so Spielmann. «Würden sie sich aber in einer psychiatrischen Klinik aufhalten, wie vorher, wäre ein Platz bis 50 Prozent teurer.» Eine ähnliche Rechnung lässt sich auch in anderen Bereichen machen. Etwa beim Hotel und Restaurant zum Schneggen in Reinach, das von der Lebenshilfe als Pächterin betrieben wird. In diesem Betriebsbereich werden zeitweise bis zu 10 Personen trainiert und ausgebildet mit dem Ziel, fit für den freien Arbeitsmarkt zu werden. Der Betrieb war für die Lebenshilfe in den letzten Jahren immer defizitär. Für Staat und Steuerzahler verringern sich jedoch die Kosten bis zum Vierfachen dieser «Investition», weil der Schneggen als Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt funktioniert und Mitarbeiter den Sprung immer wieder schaffen.

Integration in den Arbeitsmarkt

Die finanzielle Situation bei der IV und der politische Wille, beeinträchtigte Menschen vermehrt im Erwerbsleben zu integrieren, haben dazu geführt, dass sich die Stiftung seit mehr als fünfzehn Jahren darin engagiert, die begleiteten Menschen wenn immer möglich aus dem geschützten Rahmen in den ersten Arbeitsmarkt zu führen. «Allein mit der politischen Vorgabe ist es aber nicht getan. Es braucht die notwendigen Ausbildungs- und Arbeitsplätze und es braucht Partner in der Wirtschaft, die sich darauf einlassen», erklärte Spielmann. Ein Kurzfilm zeigte am Beispiel des Klienten Granit M., wie man sich dies vorstellen kann. Er absolviert zurzeit bei Eichenberger Gewinde AG in Burg eine zweijährige Lehre mit Attest. Im Film war zu sehen, welche Etappen der Lehrling über die Stiftung und zwei Arbeitgeber bewältigen musste.

Die Bereitschaft eines Betriebs, sich auf das Unterfangen einzulassen, ist eine Voraussetzung für die berufliche Integration. Betrieb und Lehrling werden dabei seitens der Lebenshilfe mit einer engen Begleitung unterstützt. Neben dem Ausbildungssystem für IV-Anlehren oder Berufsausbildung mit Attest hat die Stiftung Lebenshilfe die «Berufsschule Scala» in Aarau vor über acht Jahren ins Leben gerufen. Es ist die erste interinstitutionelle Berufsfachschule für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Schweiz. Etwa ein Dutzend Sozialinstitutionen lassen ihre Lernenden hier ausbilden. Es werden bis 50 Auszubildende an vier Wochentagen von sieben Lehrkräften unterrichtet. Die schulische Förderung ist eine von vielen Massnahmen, welche die Lernenden fördert und das Risiko des Lehrbetriebs minimiert. Spielmann wies allerdings darauf hin, dass es für einen Betrieb nicht nur um Risiken geht. Das Engagement in der Integration könne auch ein Imagegewinn als sozial verantwortliches Unternehmen bringen. Ausserdem seien Menschen mit Beeinträchtigungen oft sehr zuverlässig und genau im Ausführen von Arbeitsabläufen und an den geeigneten Stellen wertvolle Mitarbeitende. Mit ihrer offenen, direkten und unkomplizierten Art beeinflussen sie das Klima im zwischenmenschlichen Umgang oft positiv.

«O-G-I» für die Firma Eichenberger Gewinde AG

Im Rahmen der Veranstaltung wurde der Firma Eichenberger für ihr konstantes 15 Jähriges Engagement als Partner der Lebenshilfe für Menschen mit erschwerten Bedingungen bei der beruflichen Integration der «O-G-I» verliehen. Wie Martin Spielmann erklärte, steht er für O wie Ökonomie/Ökologie, G wie Gesundheit/Wohlbefinden und I wie Innovation/Integration. Er wurde bisher jedes Jahr innerhalb der Stiftung verliehen. Die Firma Eichenberger ist der erste externe Preisträger. Produktionsleiter Beat Niederhauser nahm den in der Töpferei der Lebenshilfe hergestellten Preis mit viel Freude entgegen.



Blick in die Töpferei: Gruppenleiterin Brigitte Kunder erklärt die Arbeitsgänge, die zu den charakteristischen Lebenshilfe-Gefässen führen.



Kunsthandwerkliche Druckerei: Hier entstehen die beliebten Karten im Sieb- und Buchdruckverfahren oder Bilder in verschiedenen Maltechniken

Eidgenössische Abstimmung: Bezirk Kulm steht Fortpflanzungsmedizin skeptisch gegenüber

Überraschendes Ja zur Asylreform

Bei den fünf eidgenössischen Vorlagen stimmte der Bezirk Kulm einzig beim revidierten Gesetz zur Präimplantationsdiagnostik anders, als der Aargau und der Rest der Schweiz. Die Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung wurde abgelehnt. Ein überraschendes Ja gab es dagegen zur Asylreform.

fk. Im Aargau wurde das Fortpflanzungsmedizinengesetz mit einem Ja-Anteil von 57,93 Prozent gutgeheissen. Im Bezirk Kulm dagegen überwog offenbar die Furcht vor Designerbabys. Eine knappe Mehrheit von 51,95 Prozent der Stimmenden wollte nicht, dass im Reagenzglas gezeugte Embryos vor der Einpflanzung in den Mutterleib unter-

sucht werden. Von den 17 Gemeinden lehnten deren 9 das Bundesgesetz ab. Am deutlichsten war die Ablehnung in Dürrenäsch, wo sich lediglich 35 Prozent der Stimmenden für die Vorlage erwärmen konnten. Das überraschendste Ergebnis gab es im Bezirk Kulm bei der Asylreform. Mit 54,17 Prozent wurden die rechtlichen Grundlagen für schnellere Asylverfahren gutgeheissen. Die SVP, die das Referendum gegen das revidierte Asylgesetz ergriffen hatte, kassierte auch in ihrer Hochburg Kulm eine Niederlage. Schlagworte wie Gratisanwälte oder Enteignung von Hauseigentümern verfielen bei der Mehrheit der Stimmenden nicht.

Selbst in Menziken, wo die Einquartierung von Asylbewerbern im ehemaligen Hotel «Sternen» in den vergangenen Monaten hohe Wellen geworfen hatte, erzielte die Bundesvorlage eine Ja-Mehrheit von 54,85 Prozent. Am

deutlichsten war die Zustimmung in Schöftland mit einem Ja-Anteil von über 60 Prozent. Abgelehnt haben die Vorlage Dürrenäsch, Gontenschwil, Holziken, Leimbach, Oberkulm, Schlossrued und Schmiedrued. Mit der gesamtschweizerisch von 66,8 Prozent der Stimmenden gutgeheissenen Gesetzesrevision werden die meisten Asylverfahren in Zukunft in Bundeszentren durchgeführt und innerhalb von maximal 140 Tagen abgeschlossen werden. Um die stark verkürzten Beschwerdefristen auszugleichen, erhalten alle Asylbewerber einen Rechtsvertreter an ihre Seite. Gesamtaargauisch wurde diese Lösung von rund 64 Prozent der Stimmenden unterstützt.

Schlagwort von mehr Service public verfiel nicht

Überraschend deutlich fiel das Nein zur Initiative «Pro Service public» aus.

Noch wenige Wochen vor der Abstimmung waren dem Begehren der Konsumentenzeitschriften «K-Tipp», «Saldo», «Bon à Savoir» und «Spendere Meglio» gute Chancen prognostiziert worden. Am Schluss betrug der Nein-Stimmenanteil jedoch sowohl gesamtschweizerisch als auch im Aargau satte 67 Prozent.

Mit 64,35 Prozent war die Ablehnung auch im Bezirk Kulm deutlich. Keine einzige Gemeinde sprach sich für die Vorlage aus, die das Gewinnstreben staatsnaher Betriebe untersagen und den Managern bei Post, Swisscom oder SBB einen Lohndeckel verpassen wollte. Die Initianten hatten mehr «Mehr Service statt Profit» versprochen. Doch selbst in ländlichen Gemeinden, die vor allem von Poststellen-Schliessungen betroffen sind oder in der Vergangenheit betroffen waren, verfiel dieses Schlagwort nicht.

Deutlich fiel auch das Nein zur Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung», der sogenannten Milchkuhinitiative, aus. Nur rund 32 Prozent der Stimmenden im Aargau und im Bezirk Kulm sprachen sich dafür aus, die gesamten Einnahmen der Mineralölsteuer und der Autobahnvignette zum Ausbau des Strassennetzes einzusetzen und dafür ein Loch von 1,5 Milliarden Franken in der Bundeskasse in Kauf zu nehmen. Das Argument, dass die Bundesfinanzen eine solche Veränderung nicht verkraften würde, hat offensichtlich bei einer klaren Mehrheit für eine kritische Haltung gesorgt. Erwartet wuchtig abgelehnt wurde die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens in der Höhe von rund 2500 Franken pro Monat. Gesamtschweizerisch resultierte eine Nein-Mehrheit von 76,9 Prozent. Im Aargau legten 81,2 Prozent ein Nein ein. Im Bezirk Kulm waren gar 84 Prozent der Meinung, wer Geld erhalten will, der soll dafür arbeiten. Besonders suspekt war die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens den Stimmberechtigten in Schlossrued: 90,28 Prozent setzten ein Nein auf den Stimmzettel.